

August 2013

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Zusammenfassung	2
Ziele des Kita-Ausbaus noch nicht erreicht	3
Mehrheit gegen Betreuungsgeld	4
Mehrheit für Abschaffung des „Soli“	5
Wirtschaftliche Lage weiterhin positiv bewertet	6
Angst vor der Euro- und Finanzkrise lässt leicht nach	8
Mehrheit der Deutschen glaubt Merkel bei NSA-Überwachung nicht – ihr gutes Image nimmt jedoch keinen Schaden	9
Forderungen nach Rücktritt des Verteidigungsministers mehren sich – Mehrheit aber für Verbleib im Amt	11
Politikerbewertung: Merkel weiter Spitzenreiterin, de Maizièrre fällt auf Rekordtief	12
Sechs von zehn wünschen sich Fortsetzung der Kanzlerschaft Merkels	14
Zufriedenheit mit der Bundesregierung auf Rekordhoch	15
Kanzler-Direktwahl: Merkel 32 Punkte vor Steinbrück	16
Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb erstmals seit Ende 2009 mit Mehrheit	17
Zeit für Regierungswechsel - aber unter Führung der Union	20
Schwarz-Gelb bei Koalitionspräferenzen knapp vorne	22

ARD – DeutschlandTREND August 2013

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte Fragen zur "wirtschaftlichen Lage" und "Wechselstimmung": rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	29. bis 30. Juli 2013 Sonntagsfrage: 29. bis 31. Juli 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Die politische Stimmung ist sieben Wochen vor dem Wahltermin weiterhin günstig für die Union, die in dieser Woche auf einen Wähleranteil von 42 Prozent kommt (im Vergleich zur Vorwoche unverändert). Zugleich verbessert sich die FDP um einen Punkt und würde nun mit 5 Prozent die Mandatsschwelle erreichen. Damit verfügt das schwarz-gelbe Bündnis zum ersten Mal seit November 2009 wieder über eine Mehrheit gegenüber den anderen Parteien. Die SPD kann 26 Prozent (+1) der Stimmen auf sich vereinen. Die Grünen erzielen derzeit als einzige der kleineren Parteien ein zweistelliges Ergebnis (13 Prozent, -1). Die Linke würde 7 Prozent (+/-0) erreichen.

Grundlage für die Stärke der Union ist die hohe Zufriedenheit mit der Bundesregierung: Eine Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen ist mit der Regierung Merkel sehr zufrieden bzw. zufrieden. Sechs von zehn (60 Prozent) fänden es gut, wenn Angela Merkel auch in den nächsten Jahren Bundeskanzlerin bliebe. Eine erneute Kabinettsbeteiligung der FDP findet weniger Unterstützung (39 Prozent). Die Union profitiert vom positiven Image Merkels, deren größte Stärken in ihrer inhaltlichen Kompetenz (81 Prozent) und Führungsstärke (79 Prozent) gesehen werden. Darüber hinaus gilt sie als sympathisch (69 Prozent) und glaubwürdig (65 Prozent). Dass drei Viertel der Kanzlerin nicht abnehmen, dass sie von der NSA-Überwachung erst aus der Presse erfahren hat, schadet offenkundig ihrem generellen Ansehen nicht.

Schaden genommen hat allerdings die Reputation von Thomas de Maizière, mit dessen Arbeit nur noch ein Drittel (34 Prozent) zufrieden ist. Die Forderungen nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers mehren sich (42 Prozent, plus 9 Punkte gegenüber Juni), eine Mehrheit (51 Prozent) spricht sich aber für seinen Verbleib im Amt aus.

Die in dieser Woche in Kraft getretenen familienpolitischen Gesetzesänderungen werden mehrheitlich kritisch gesehen. Dies gilt sowohl für den Kita-Ausbau, bei dem sich 60 Prozent größere Anstrengungen wünschen, als auch für das Betreuungsgeld, das 77 Prozent lieber in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert hätten.

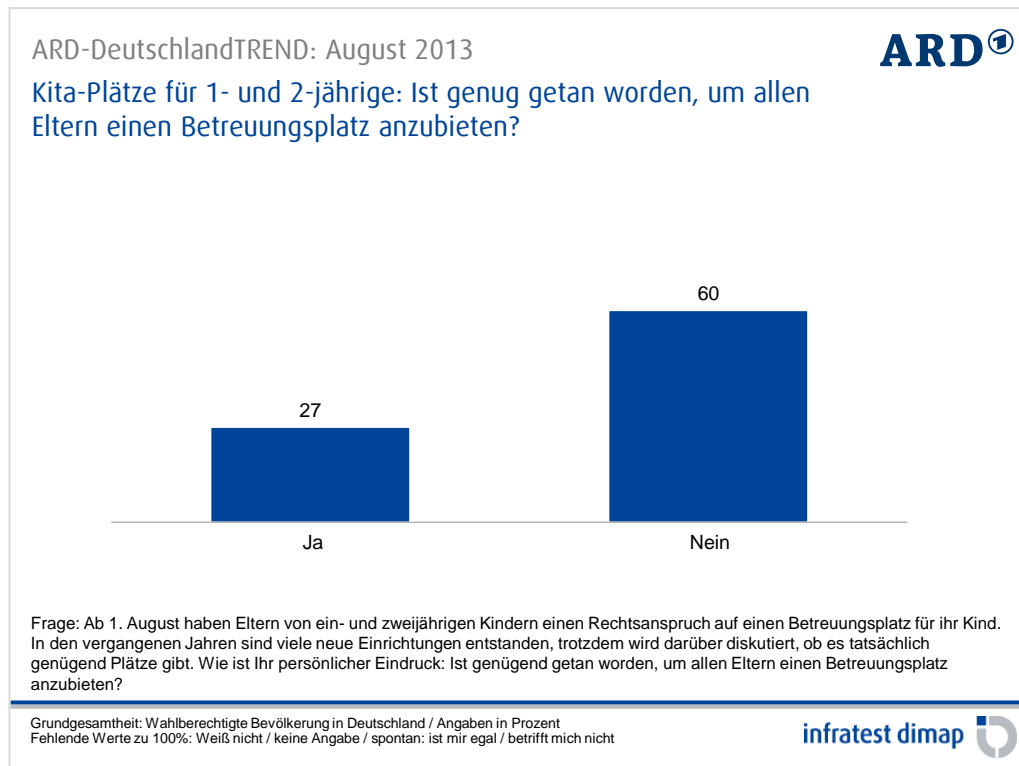
Die gute Bewertung der amtierenden Regierung ist bemerkenswert, weil ihr weder die NSA-Affäre noch das gescheiterte Drohnen-Projekt noch das skeptische Urteil der Bürger zum Betreuungsgeld schadet. Die Zufriedenheit ist sogar auf den höchsten Wert in der laufenden Legislaturperiode gestiegen.

Die Sorgen der Bürger um die Auswirkungen der Euro- und Schuldenkrise haben im August etwas nachgelassen. Zugleich verbessert sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und das Vertrauen, dass die Bundesregierung das Land gut durch die Krise führt, steigt. Dieses Vertrauen spiegelt sich in einem stärkeren Wunsch, dass die Union auch die nächste Bundesregierung führen soll. Einen ganz klaren Koalitionsfavoriten haben die Deutschen jedoch nicht: Noch am meisten Zuspruch findet mit 46 Prozent positiven Einschätzungen das amtierende Bündnis aus Union und Liberalen, dicht gefolgt von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mit 44 Prozent wohlwollenden Urteilen. Eine rot-grüne Regierung halten 41 Prozent für eine gute Lösung.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND August 2013, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

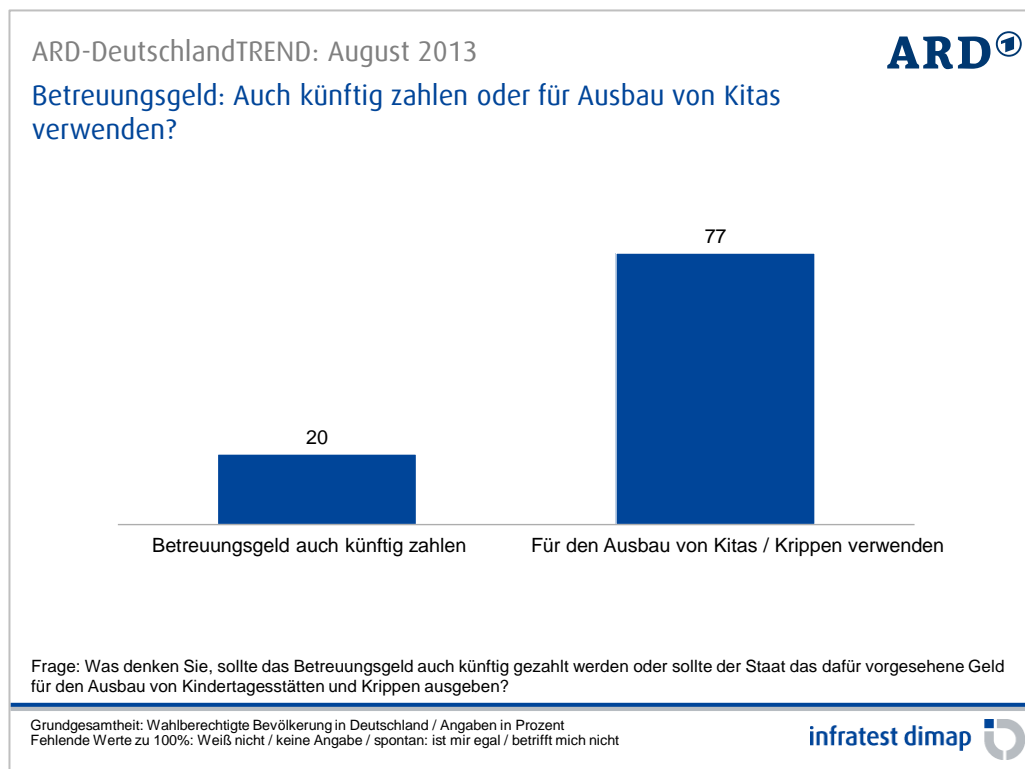
Ziele des Kita-Ausbaus noch nicht erreicht

Seit dem 1. August besteht für Eltern von Kleinkindern ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren viele neue Einrichtungen gebaut. Familienministerin Kristina Schröder hat kürzlich verkündet, die Ziele des Kita-Ausbaus seien nahezu erreicht. Sechs von zehn Bürgern (60 Prozent) äußern sich allerdings skeptisch, ob dies der Realität entspricht. Jeder Vierte (27 Prozent) glaubt hingegen, dass auf diesem Gebiet genug getan wurde.



Mehrheit gegen Betreuungsgeld

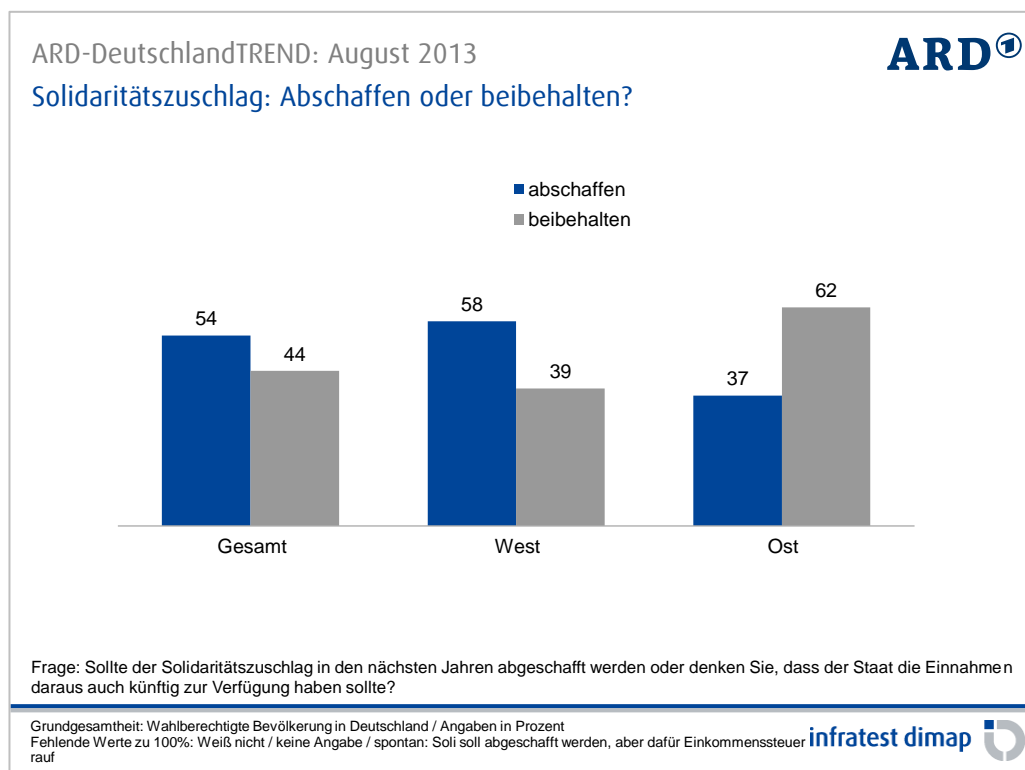
Als Alternative zur Betreuung in einer Kita wurde das Betreuungsgeld eingeführt. Diese Maßnahme war von Anfang an heftig umstritten. Eine zentrale Forderung der Kritiker war dabei, dass die finanziellen Mittel besser in den Ausbau der Betreuungseinrichtungen fließen sollten. Dieser Meinung schließen sich 77 Prozent der Bürger an. Lediglich 20 Prozent plädieren dafür, dass das Betreuungsgeld auch weiterhin gezahlt wird.



Eine Mehrheit für das Betreuungsgeld findet sich im Übrigen in keiner Parteianhängerschaft.

Mehrheit für Abschaffung des „Soli“

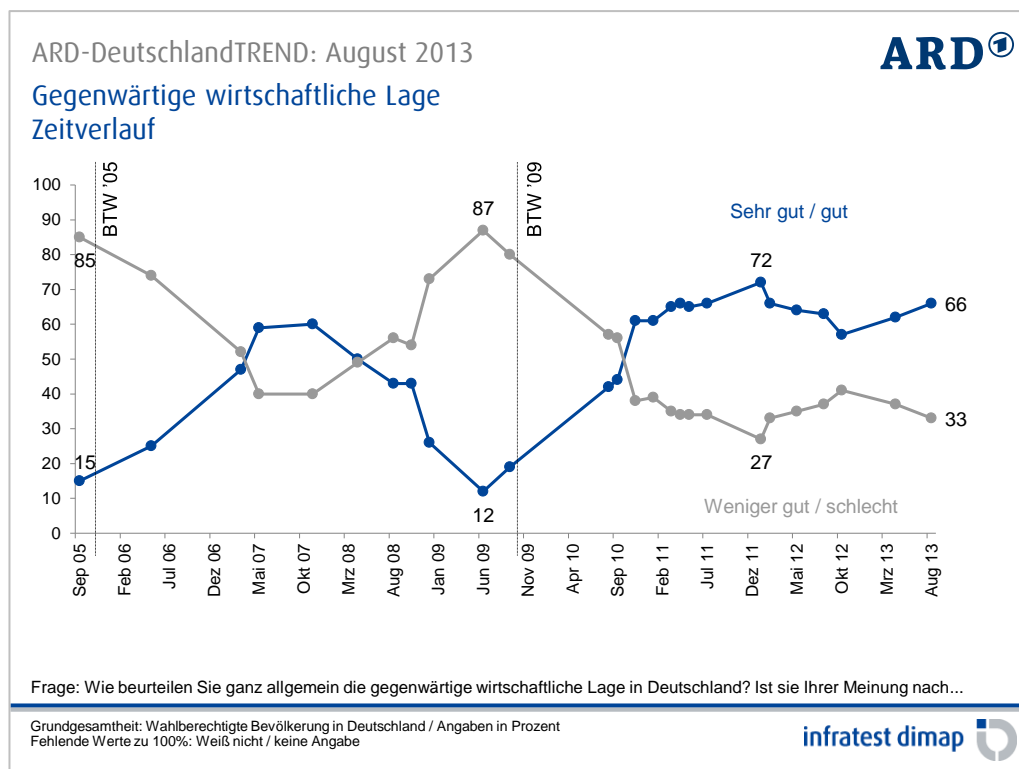
Über die Zukunft des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer wird derzeit wieder heftig diskutiert. Die Forderung der FDP zur schrittweisen Abschaffung bis 2017 wird dabei von 54 Prozent der Bürger unterstützt. 44 Prozent halten es hingegen für notwendig, dass dem Staat diese Einnahmen auch künftig zur Verfügung stehen.



Dabei gehen die Meinungen in West und Ost deutlich auseinander. Während sechs von zehn Bürgern (58 Prozent) in den westlichen Bundesländern für eine Abschaffung des „Soli“ plädieren, sprechen sich im Osten etwa genauso viele (62 Prozent) für dessen Beibehaltung aus.

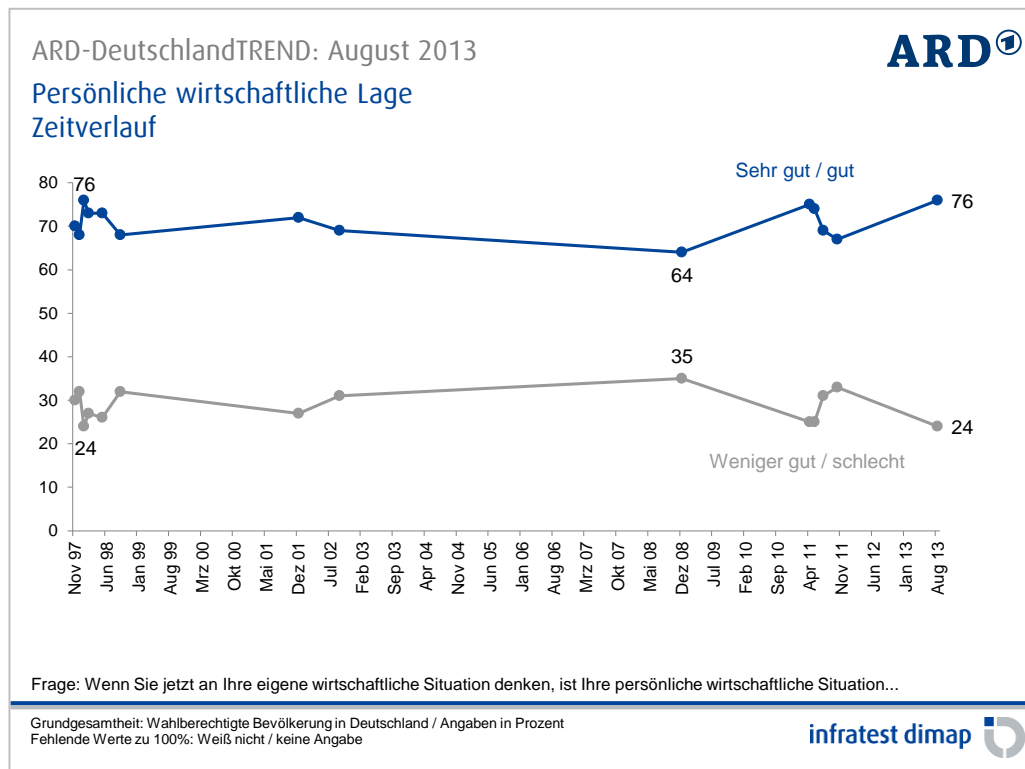
Wirtschaftliche Lage weiterhin positiv bewertet

Die Konjunktur in Deutschland erweist sich trotz der wirtschaftlichen Probleme in einer Reihe von anderen EU-Ländern als robust. Dieser Umstand spiegelt sich auch in den Einschätzungen der Bevölkerung zur ökonomischen Situation wieder. Eine deutliche Mehrheit bewertet die Lage als sehr gut (7 Prozent) oder gut (59 Prozent). Lediglich ein Drittel der Bürger bewertet die Situation kritisch, kaum jemand bezeichnet sie als ausgesprochen schlecht.



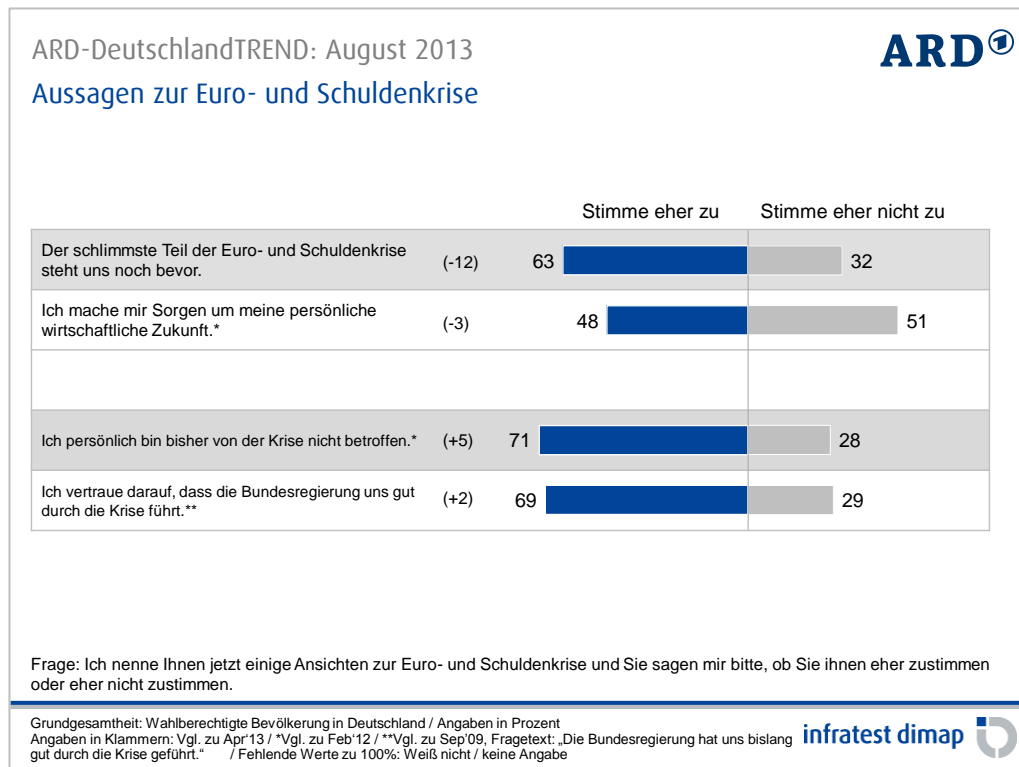
Damit hat sich die Lagebeurteilung in den letzten Monaten noch etwas verbessert. Im April dieses Jahres standen 62 Prozent positiven Einschätzungen 37 Prozent skeptische Meinungen gegenüber.

Noch positiver wird die eigene wirtschaftliche Lage bewertet: Drei Viertel der Wahlberechtigten beschreiben sie als sehr gut (9 Prozent) bzw. gut (67 Prozent). Grund zur Klage hat hingegen jeder vierte Bürger, weil es ihm nach eigener Aussage weniger gut (18 Prozent) oder sogar ausgesprochen schlecht (6 Prozent) geht.



Angst vor der Euro- und Finanzkrise lässt leicht nach

Grund für die bessere Bewertung der wirtschaftlichen Lage dürfte die nachlassende Sorge um die Auswirkungen der Euro- und Schuldenkrise sein. Derzeit befürchten knapp zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent), dass die Krise noch längst nicht ausgestanden sei und der schlimmste Teil uns noch bevorsteht. Im April dieses Jahres wurde diese Einschätzung noch von 75 Prozent der Bevölkerung geteilt.

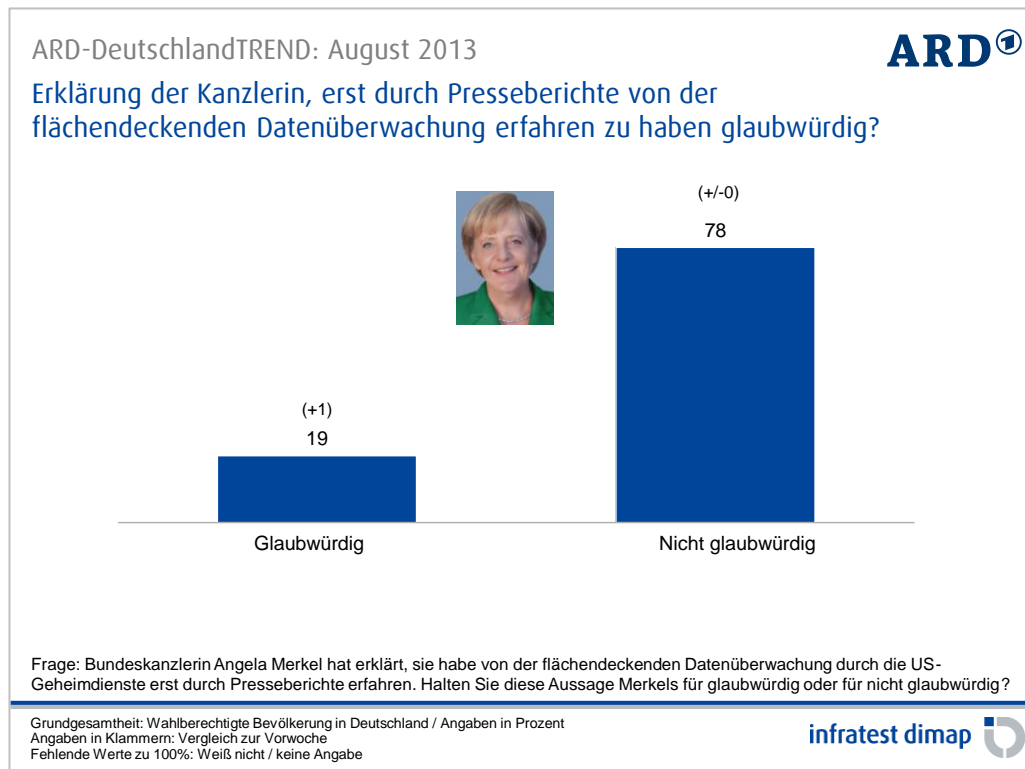


Der Blick auf die persönliche wirtschaftliche Zukunft fällt zwiespältig aus: Sorgen darum machen sich 48 Prozent, 51 Prozent sehen dafür keinen Anlass. Im Februar 2012 ergab sich ein fast identisches Meinungsbild.

Derzeit erklären 71 Prozent, sie seien bisher von der Krise persönlich gar nicht betroffen. Im Vergleich zum Februar letzten Jahres ist dieser Anteil noch einmal deutlich gestiegen (+5 Punkte). Hinzu kommt, dass gut zwei von drei Bürgern (69 Prozent) hohes Vertrauen in das Krisenmanagement der Bundesregierung setzen und glauben, dass sie die anstehenden Probleme angemessen lösen wird. Dass die Anhänger der CDU/CSU und der FDP fast geschlossen auf die Problemlösungsfähigkeit der Bundesregierung setzen, wird kaum verwundern. Bemerkenswert erscheint hingegen, dass 47 Prozent der SPD-Wähler, 35 Prozent der Anhänger der Linken und sogar 60 Prozent der Parteigänger der Grünen ihr Vertrauen in das Bundeskabinett zum Ausdruck bringen.

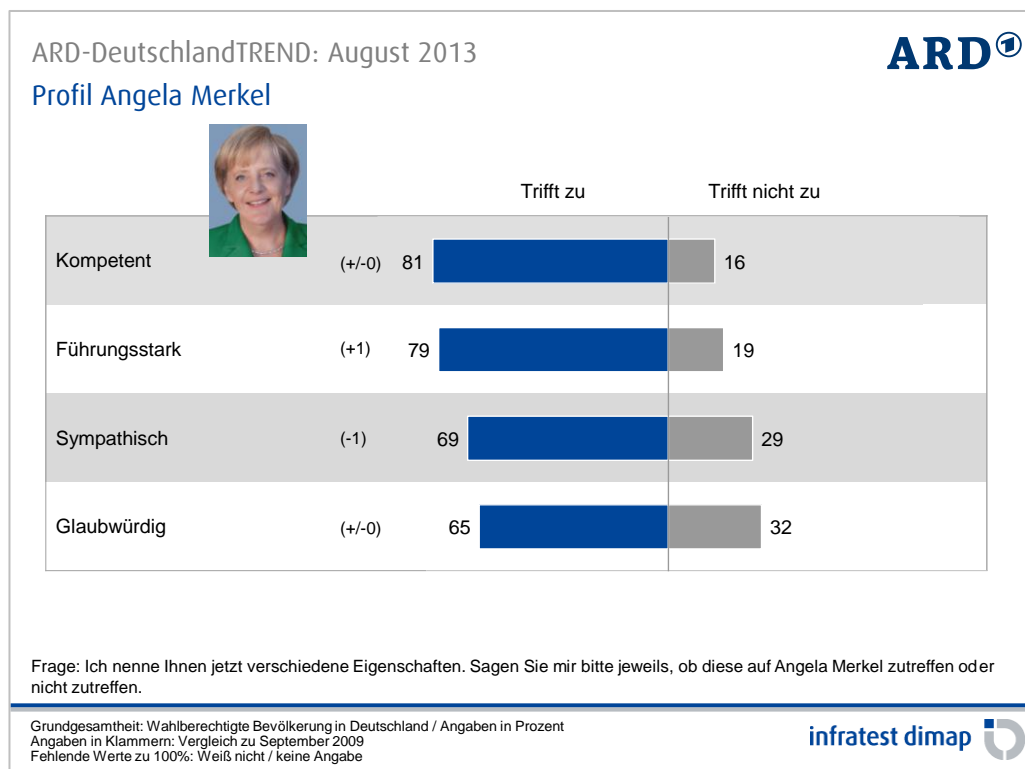
Mehrheit der Deutschen glaubt Merkel bei NSA-Überwachung nicht – ihr gutes Image nimmt jedoch keinen Schaden

Die umfangreiche Überwachung und Speicherung von Internet- und Telefondaten durch amerikanische und britische Geheimdienste hat weltweit für Aufsehen gesorgt. Die Bundeskanzlerin hat nach ihrer Aussage erst durch Presseberichte von der flächendeckenden Überwachung Kenntnis genommen. Eine große Mehrheit von 78 Prozent der Deutschen hält diese Aussage für nicht glaubwürdig. Lediglich ein Fünftel nimmt dies Angela Merkel ab (19 Prozent).



Auch in den Reihen der Unions-Anhänger sind zwei Drittel der Meinung, dass diese Aussage Merkels nicht glaubwürdig ist.

Die skeptische Beurteilung in dieser Frage hat allerdings offenbar wenig Einfluss auf die Gesamtbeurteilung der CDU-Vorsitzenden, denn ihr Image ist in wichtigen Eigenschaften nach wie vor gut. Die größten Stärken Merkels sehen die Bürger in ihrer inhaltlichen Kompetenz (81 Prozent) und ihrer Führungsstärke (79 Prozent). Darüber hinaus gilt sie auf der persönlichen Ebene bei zwei Dritteln als sympathisch (69 Prozent) und – trotz des skeptischen Urteils bei der NSA-Affäre – als insgesamt glaubwürdig (65 Prozent). Bei den Unions-Anhängern attestieren ihr sogar 91 Prozent Glaubwürdigkeit. Offensichtlich ist Merkels Umgang mit der NSA-Affäre aus Sicht der Bürger ein Teilaspekt ohne Ausstrahlungskraft auf ihr generelles Ansehen.

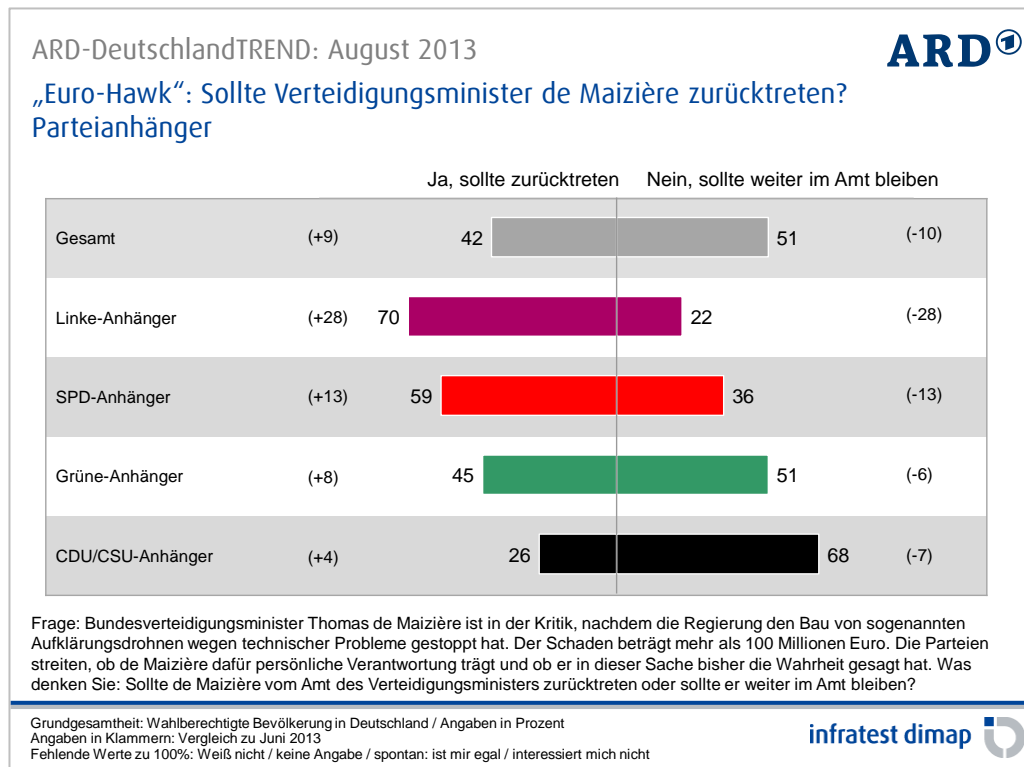


Kompetenz und Führungsstärke schreiben der Kanzlerin auch große Teile der Oppositionsanhängerschaften zu. Ähnliches gilt für Sympathie, wo nur die Linke-Anhänger der CDU-Frau eine sympathische Ausstrahlung mehrheitlich absprechen. In Sachen Glaubwürdigkeit sind neben den Linken- auch die SPD-Anhänger skeptisch. Allerdings ist eine starke Minderheit der SPD-Anhänger (45 Prozent) trotz ihrer Aussage zur NSA-Überwachung der Überzeugung, dass Angela Merkel insgesamt glaubwürdig ist.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 ist das Profil Merkels nahezu unverändert positiv.

Forderungen nach Rücktritt des Verteidigungsministers mehren sich – Mehrheit aber für Verbleib im Amt

Der Bundestagsuntersuchungsausschuss zum gescheiterten Drohnen-Projekt „Euro Hawk“ führt im Laufe dieser Woche eine Reihe von Befragungen durch, unter anderem auch mit dem Verteidigungsminister selbst. Nach dem, was bisher in der Sache bekannt geworden ist¹, sieht jeder zweite Bundesbürger (51 Prozent) derzeit keinen Anlass für einen Rücktritt von Thomas de Maizière. Für einen Amtsverzicht des Verteidigungsministers sprechen sich 42 Prozent aus.

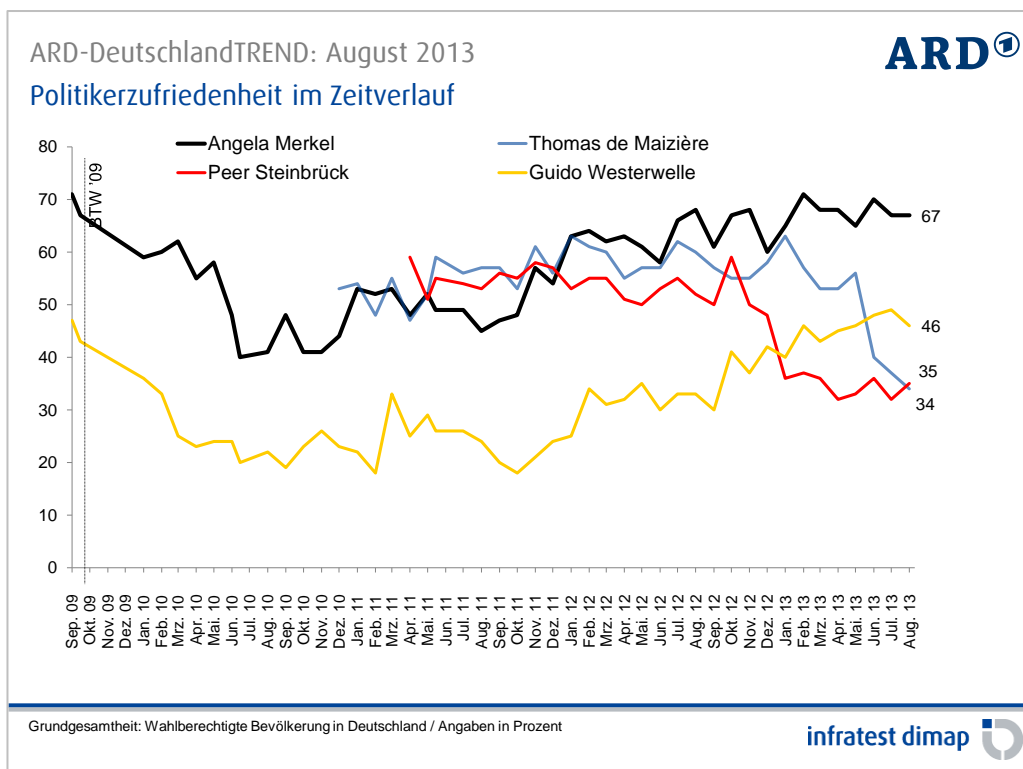


Damit ist der Rückhalt de Maizières weiter gebröckelt: Im Juni sprachen sich noch 61 Prozent für seinen Verbleib im Amt aus. Mehrheitlich wird die Rücktrittsforderung aber nur in den Reihen der SPD-Anhänger und bei den Wählern der Linken unterstützt.

¹ Der Erhebungszeitraum endete am Dienstagabend, also vor der Anhörung de Maizières im Untersuchungsausschuss am Mittwoch.

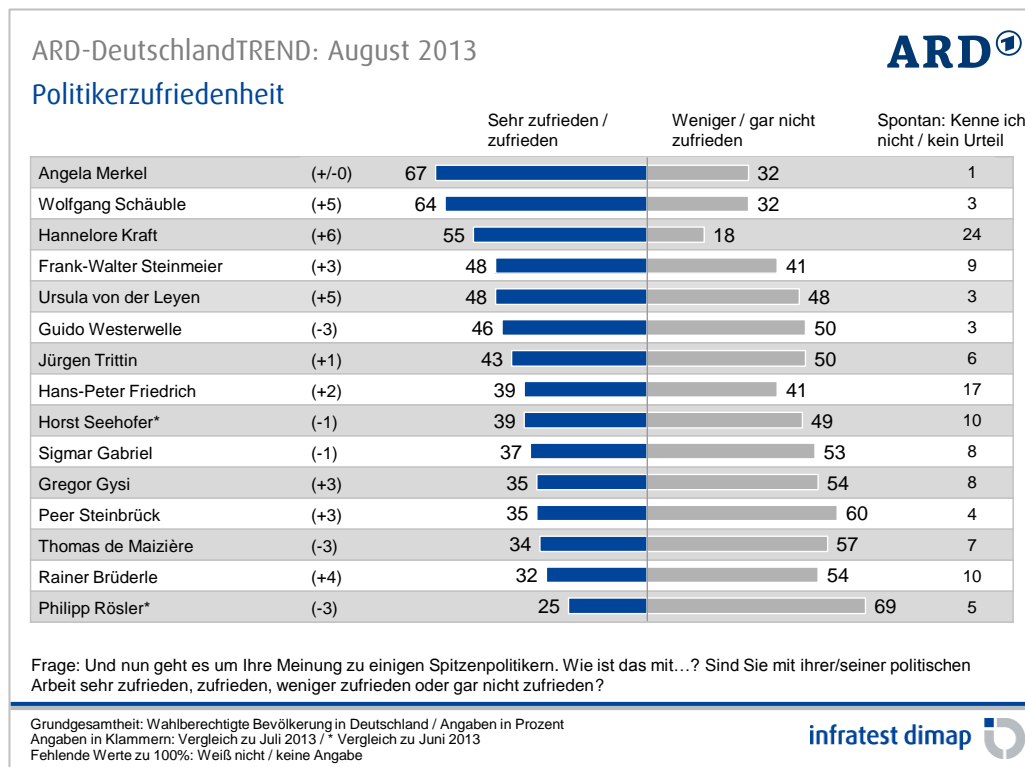
Politikerbewertung: Merkel weiter Spitzenreiterin, de Maizière fällt auf Rekordtief

Das positive Image der Bundeskanzlerin schlägt sich in einer guten Bewertung ihrer politischen Arbeit nieder, mit der aktuell zwei Drittel der Bevölkerung (67 Prozent, +/-0 im Vergleich zum Juli) zufrieden sind. Damit führt Merkel zusammen mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (64 Prozent, +5), der einen deutlichen Ansehenszuwachs verzeichnet, weiterhin die Politikerrangliste an. Der wegen des gescheiterten „Euro Hawk“-Projekts in der Kritik stehende Verteidigungsminister Thomas de Maizière verliert weiter an Zustimmung und muss mit 34 Prozent seinen bisher niedrigsten Wert seit Dezember 2009 verkräften. Damit ist sein Beliebtheitswert nach Bekanntwerden der geplatzten Drohnen-Anschaffung im Mai um mehr als 20 Punkte zurückgegangen. Bis dahin war er in der Spitzengruppe vertreten.



Die weiteren Kabinettsmitglieder der Union finden sich im Mittelfeld der Rangliste. Am besten schneidet die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit 48 Prozent und einem Ansehenszuwachs von 5 Punkten ab. Mit der Arbeit von Innenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU sind 39 Prozent (+2) zufrieden. Auf den selben Wert kommt auch der Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer (39 Prozent). Von den in diesem Monat abgefragten FDP-Politikern erfährt Außenminister Guido Westerwelle die größte Akzeptanz in der Bevölkerung (46 Prozent, -3). Der liberale Spitzenkandidat Rainer Brüderle bekommt

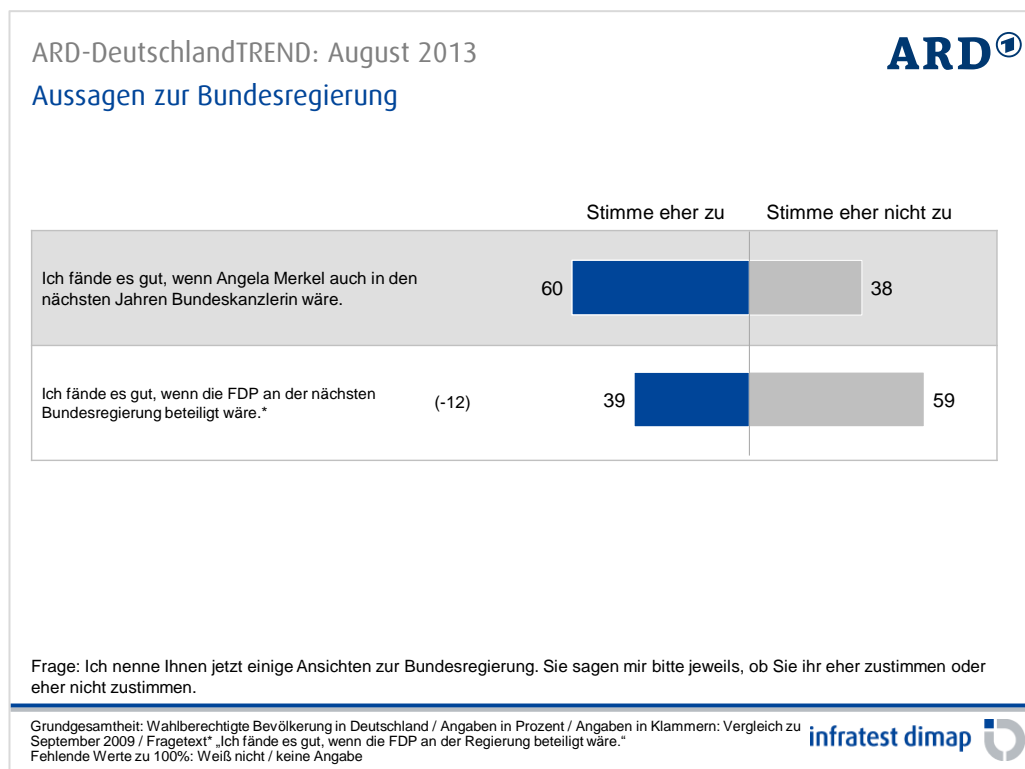
von 32 Prozent (+4) gute Noten. Philipp Rösler, FDP-Parteichef und Wirtschaftsminister, ist das Schlusslicht mit 25 Prozent.



Beliebtester Oppositionspolitiker ist die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin: Mit dem Wirken von Hannelore Kraft sind 55 Prozent (+6) der Bürger einverstanden. Die Sozialdemokratin liegt damit vor dem Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier (48 Prozent, +3). Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin, kommt auf einen Zustimmungswert von 43 Prozent (+1). Dahinter folgen SPD-Chef Sigmar Gabriel (37 Prozent, -1) sowie gleichauf der Merkel-Herausforderer Peer Steinbrück und der Fraktionschef der Linken Gregor Gysi (jeweils 35 Prozent, +3).

Sechs von zehn wünschen sich Fortsetzung der Kanzlerschaft Merkels

In der Bevölkerung besteht ein starker Wunsch nach personeller Kontinuität an der Führungsspitze: Sechs von zehn (60 Prozent) fänden es gut, wenn Angela Merkel auch in den nächsten Jahren Bundeskanzlerin bliebe, 38 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

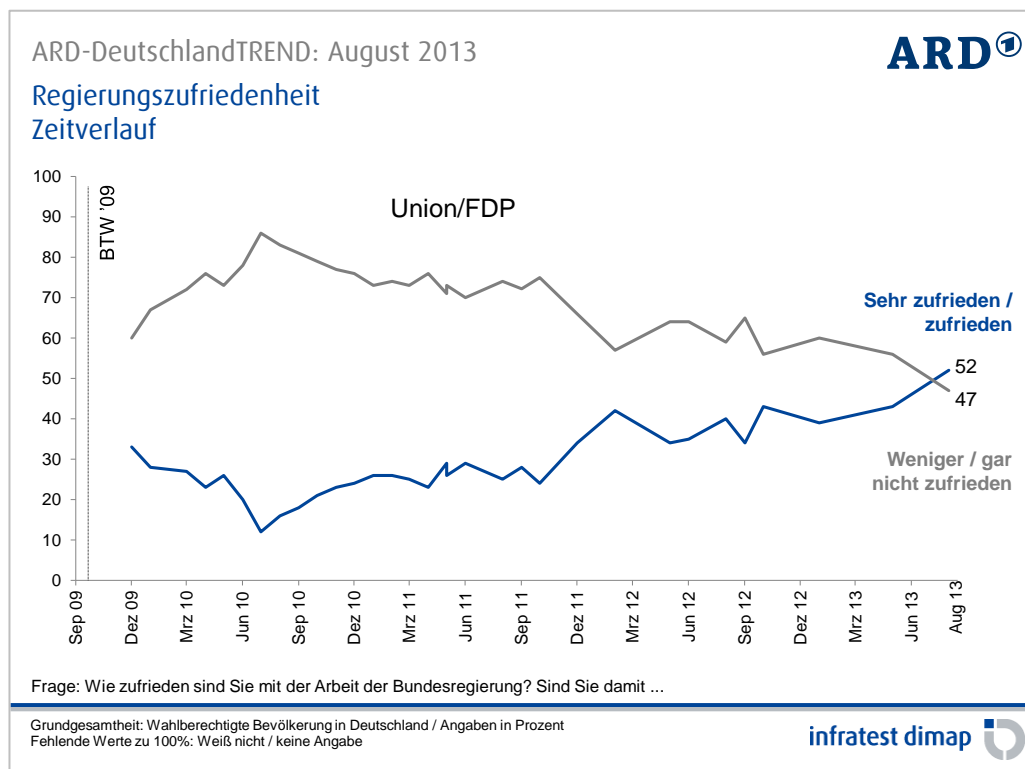


Die Anhänger der Regierungsparteien plädieren erwartungsgemäß nahezu vollständig für den Verbleib von Angela Merkel im Kanzleramt. Dieser Meinung schließen sich aber auch 23 Prozent der SPD-Anhänger, 29 Prozent der Parteigänger der Linken und 40 Prozent der Grünen-Wähler an.

Ein weniger gutes Ansehen genießt der kleinere Koalitionspartner der amtierenden Regierung. Vier von zehn (39 Prozent) fänden es gut, wenn die FDP nach dem Wahlgang am 22. September wieder mit am Kabinetttisch sitzen würde. Die Mehrheit von 59 Prozent vertritt indes die gegenteilige Ansicht. Auch unter den Anhängern der Union äußern sich 42 Prozent in dieser Hinsicht kritisch.

Zufriedenheit mit der Bundesregierung auf Rekordhoch

Das große Vertrauen in das Krisenmanagement der Bundesregierung und in die Kanzlerin sorgt für eine Rekordbewertung des Kabinetts: Anderthalb Monate vor der Bundestagswahl ist eine Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen mit der Regierung Merkel sehr zufrieden bzw. zufrieden. Dies ist der höchste Wert in der laufenden Legislaturperiode und erst das zweite Mal im ARD-DeutschlandTREND², dass eine Bundesregierung mehrheitlich positiv bewertet wird. Demgegenüber sind 47 Prozent weniger bzw. gar nicht zufrieden mit Schwarz-Gelb.

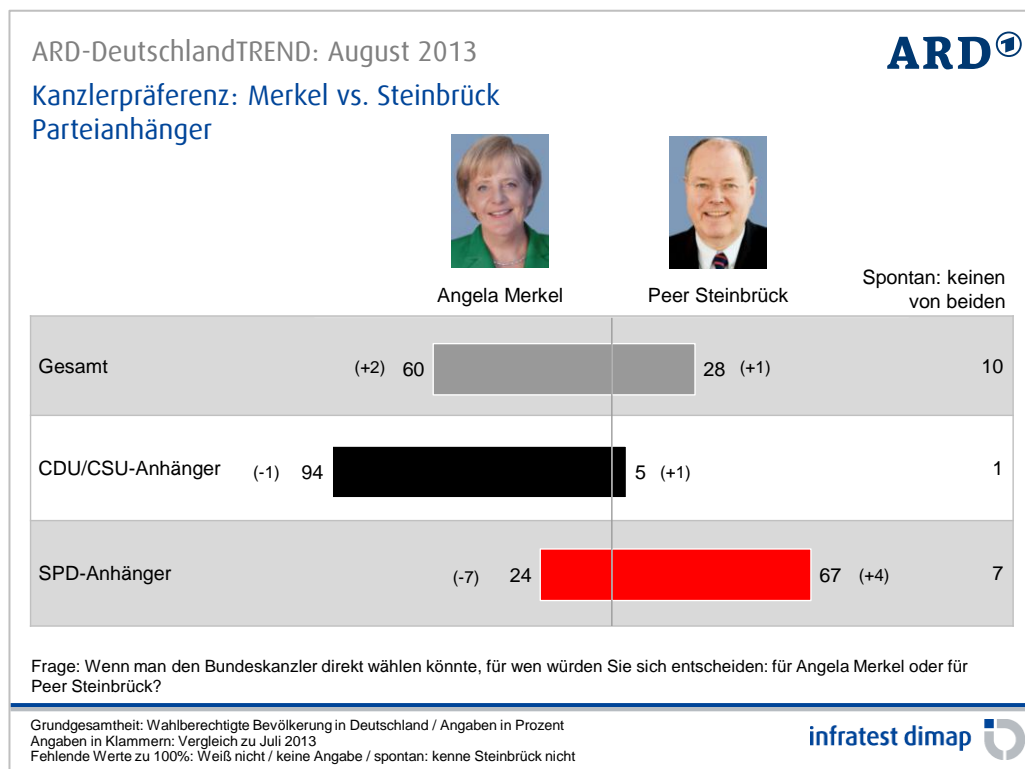


Auch in Reihen der Oppositionsparteien findet die Arbeit der Merkel-Regierung Zustimmung. Dies gilt sowohl für Anhänger der SPD (37 Prozent zufrieden), als auch der Grünen (29 Prozent) und der Linkspartei (19 Prozent).

² Zum ersten Mal im August 2000, als sich 51 Prozent über die damalige rot-grüne Bundesregierung zufrieden äußerten.

Kanzler-Direktwahl: Merkel 32 Punkte vor Steinbrück

In der direkten Auseinandersetzung zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück kann die Amtsinhaberin ihren großen Vorsprung leicht ausbauen. Wenn die Deutschen den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin direkt wählen könnte, würden sich Anfang August 60 Prozent für die CDU-Frau entscheiden, lediglich 28 Prozent für ihren SPD-Herausforderer. Damit baut die Christdemokratin ihren Vorsprung um einen Punkt auf 32 Punkte aus. Jeder Zehnte (10 Prozent) kann oder will sich für keinen der beiden entscheiden.

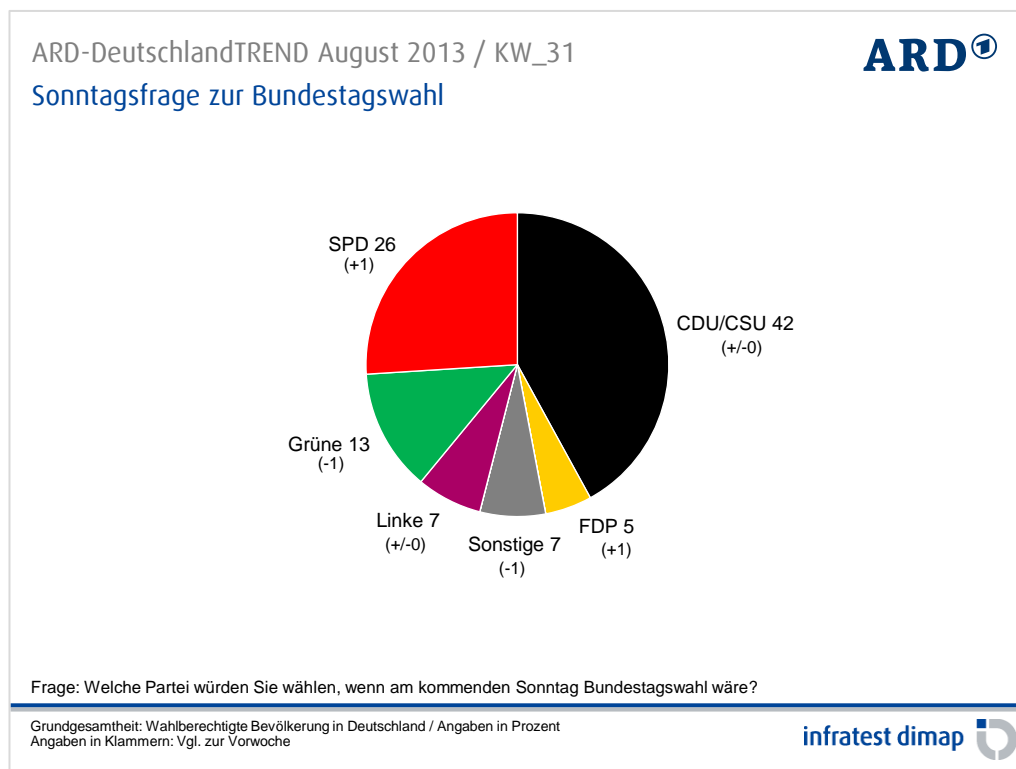


Die Unions-Anhänger votieren geschlossen für Merkel, während sich nur zwei Drittel der SPD-Anhänger für Steinbrück entscheiden würden. Allerdings ist der Zuspruch für den Sozialdemokraten in der eigenen Anhängerschaft wieder größer geworden.

Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb erstmals seit Ende 2009 mit Mehrheit

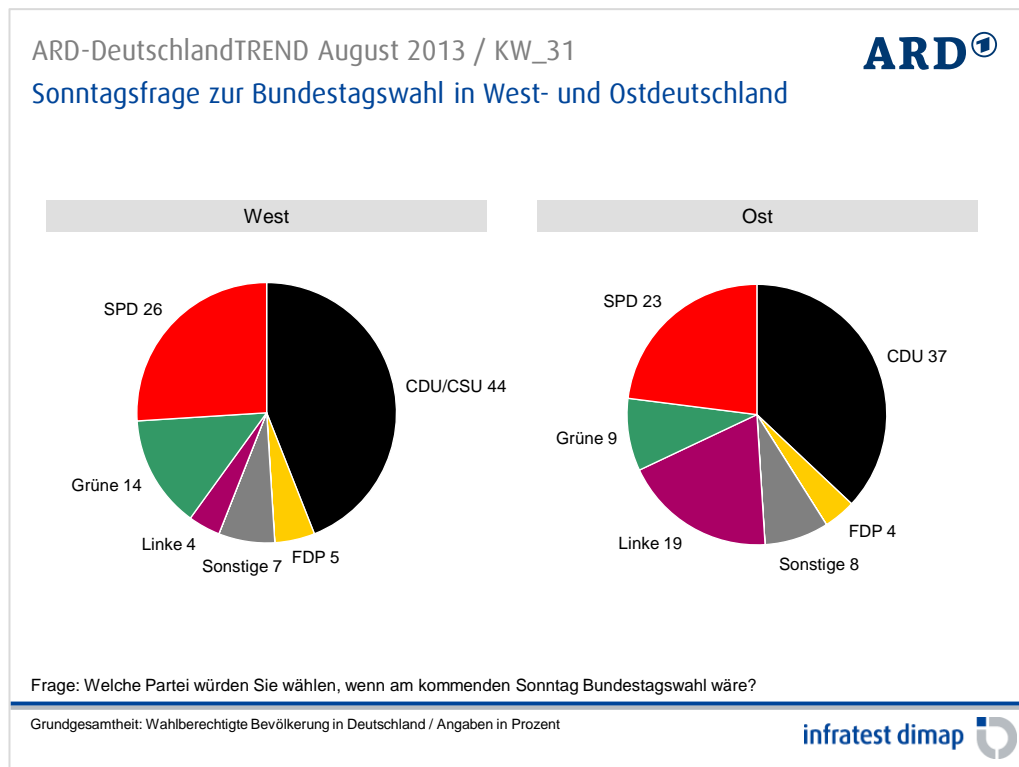
Die politische Stimmung ist sieben Wochen vor dem Wahltermin weiterhin günstig für die Partei der Bundeskanzlerin. Die CDU/CSU käme in dieser Woche auf einen Wähleranteil von 42 Prozent (im Vergleich zur Vorwoche unverändert). Zugleich verbessert sich die FDP um einen Punkt und würde nun mit 5 Prozent die Mandatsschwelle erreichen. Damit verfügt das schwarz-gelbe Bündnis zum ersten Mal seit November 2009 wieder über eine Mehrheit gegenüber den anderen Parteien.

Die Sozialdemokraten können 26 Prozent (+1) der Stimmen auf sich vereinen, liegen aber trotz eines kleinen Zuwachses 16 Punkte hinter der Union. Die Grünen erzielen derzeit als einzige der kleineren Parteien ein zweistelliges Ergebnis: 13 Prozent (-1). Die Linke würde 7 Prozent (+/-0) erreichen. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf einen Stimmenanteil von 7 Prozent, darunter auch die Piraten und die AfD.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs würde neben Schwarz-Gelb auch ein Zusammenschluss aus Union und Grünen und eine Große Koalition über eine Mehrheit im Bundestag verfügen.

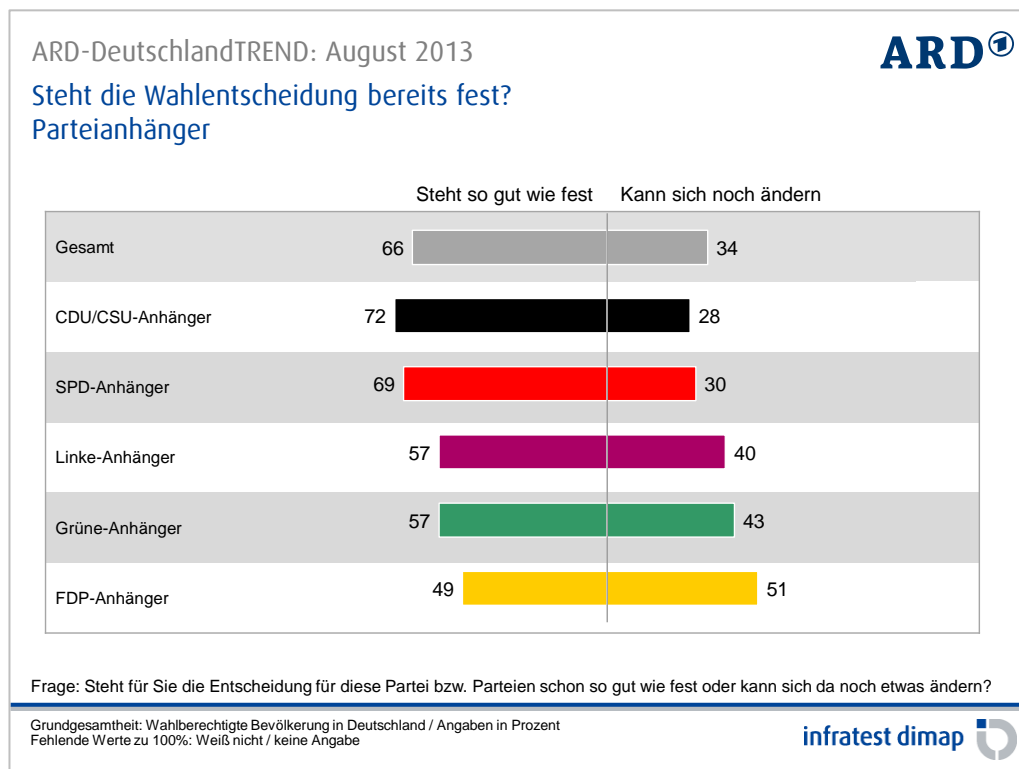
In den alten Bundesländern käme die Union auf 44 Prozent der Stimmen. Die Sozialdemokraten würden einen Stimmenanteil von 26 Prozent erreichen. Die Grünen liegen im Westen aktuell bei 14 Prozent, die FDP bei 5 Prozent und die Linke bei 4 Prozent.



In den neuen Bundesländern erreicht die CDU einen Wähleranteil von 37 Prozent, die SPD 23 Prozent, die Linke 19 Prozent. Die Grünen kommen im Osten auf einen Wähleranteil von 9 Prozent, die FDP erzielt 4 Prozent der Stimmen.

Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

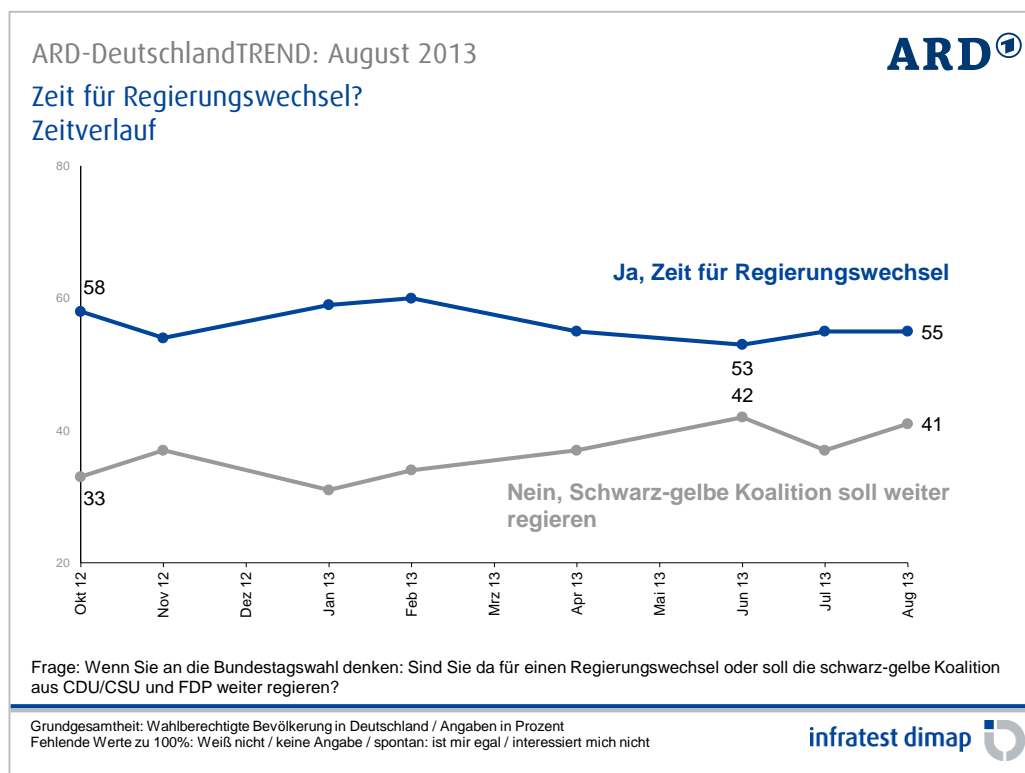
Sieben Wochen vor der Bundestagswahl sind sich zudem viele Wahlberechtigte ihrer Sache noch nicht sicher: Rund drei von zehn wissen noch nicht, ob sie an dem Wahlgang teilnehmen bzw. welche Partei sie wählen werden. Von denjenigen, die aktuell eine Partei bevorzugen, gibt ein Drittel an, dass sich ihre Entscheidung noch ändern kann. Für sieben von zehn Anhänger der Union und der SPD steht die Entscheidung fest, drei von zehn sind sich noch nicht sicher, ob es bei ihrer gegenwärtigen Parteipräferenz bleibt. Bei den derzeitigen Anhängern der Linken, der Grünen und vor allem der FDP ist dieser Anteil deutlich höher.



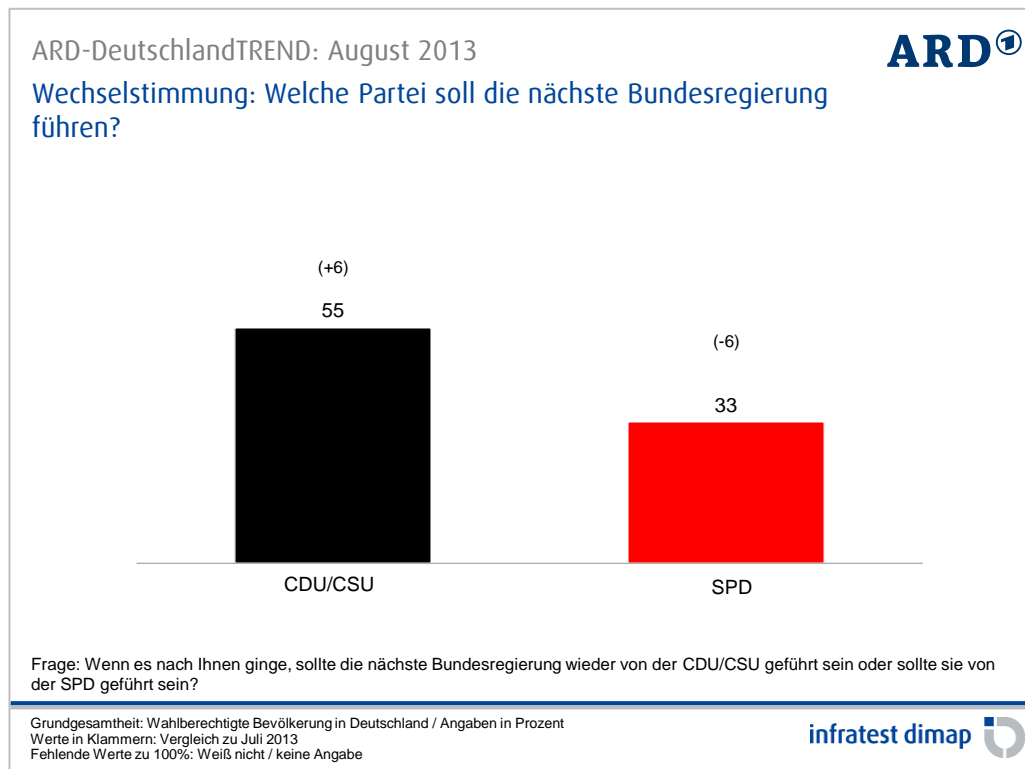
Das Bekenntnis, dass sich die aktuelle Präferenz noch ändern kann, bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass am Wahltag auch eine andere Entscheidung getroffen wird.

Zeit für Regierungswechsel - aber unter Führung der Union

Gut jeder zweite Bundesbürger (55 Prozent) bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass es nach der bevorstehenden Bundestagswahl zu einem Regierungswechsel kommt. Vier von zehn (41 Prozent) würden es hingegen begrüßen, wenn die amtierende Koalition aus Union und FDP weiter regieren könnte.



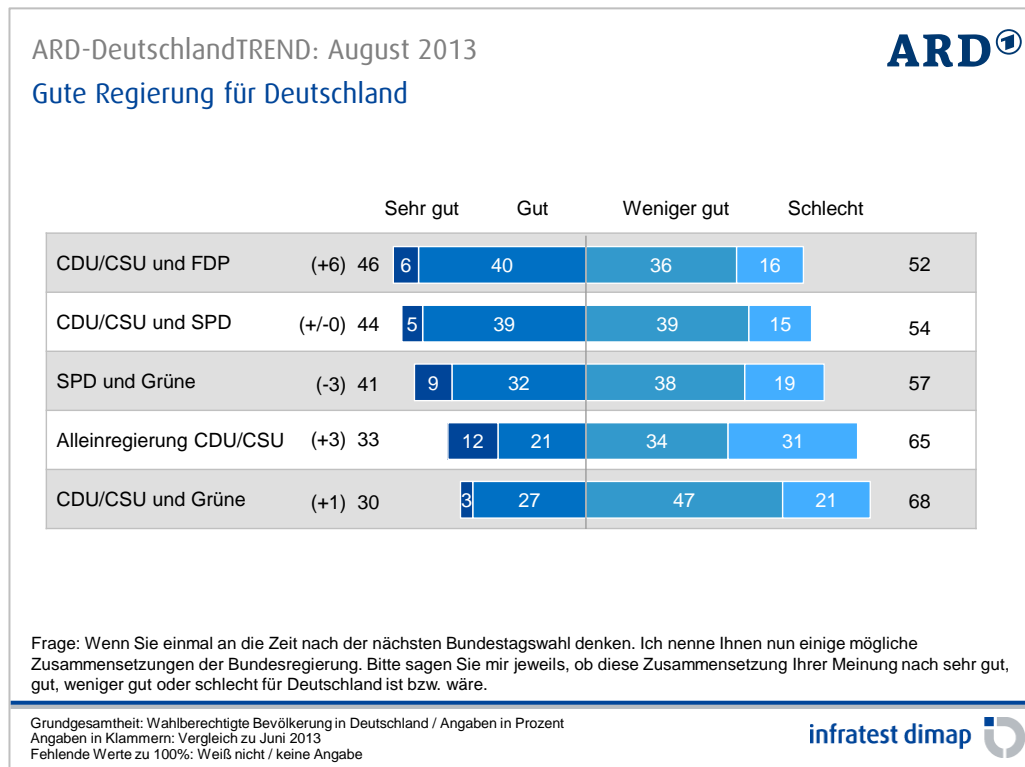
Mit Regierungswechsel meint die Mehrzahl allerdings eher die Ablösung des schwarz-gelben Bündnisses. Eine SPD-geführte Bundesregierung würden nämlich nur 33 Prozent befürworten, während 55 Prozent einem Kabinett unter Führung der CDU/CSU den Vorzug geben.



Die Präferenz für eine Unions-geführte Bundesregierung hat binnen Monatsfrist um 6 Punkte zugenommen.

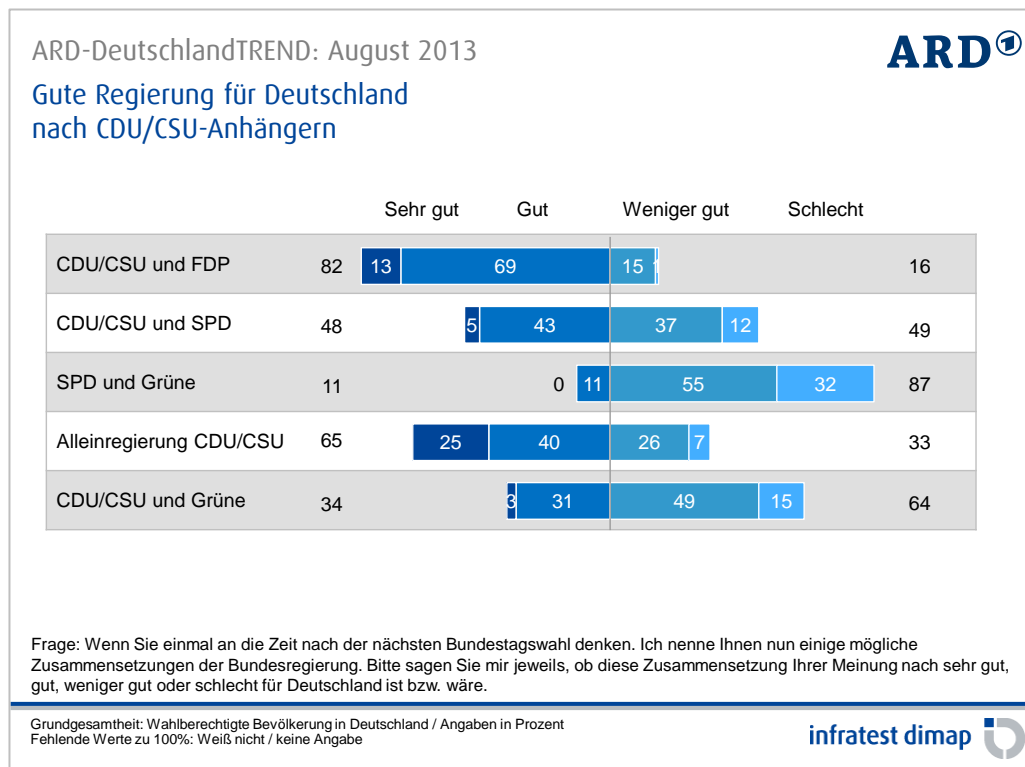
Schwarz-Gelb bei Koalitionspräferenzen knapp vorne

Die Frage, welche der nach der kommenden Bundestagswahl denkbaren Regierungskonstellation für Deutschland eher vorteilhaft und welche eher nachteilig wäre, lässt keine eindeutigen Präferenzen erkennen. Noch am meisten Zuspruch findet mit 46 Prozent positiven Einschätzungen das amtierende Bündnis aus Union und Liberalen, dicht gefolgt von einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD mit 44 Prozent wohlwollenden Urteilen. Eine rot-grüne Regierung halten 41 Prozent für eine gute Lösung. Weniger beliebt wäre eine Alleinregierung der Union (33 Prozent) oder ein Zusammengehen der CDU/CSU mit den Grünen (30 Prozent).



Damit hat sich seit Juni dieses Jahres zwar kein dramatischer, aber doch ein deutlich sichtbarer Meinungswandel vollzogen. Schwarz-Gelb hat um 6 Punkte an Zustimmung gewonnen, während Rot-Grün an Vertrauen verloren hat (-3 Punkte). Die Einschätzungen mit Blick auf eine Große Koalition sind unverändert geblieben.

Die Anhänger der CDU/CSU bevorzugen die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der FDP (82 Prozent). Erst an zweiter Stelle steht eine Alleinregierung der Union (65 Prozent).



--
Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert